

# Kaukasische Post

КАВКАЗСКАЯ  
ПОШТА

Die Geschäftsstelle befindet sich im  
Deutschen Nationalrat für Georgien:  
Tiflis, Michael-Str. Nr. 108.

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Sonntag**  
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich.)

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11  
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-  
tion: In der Wohnung des verantwort-  
lichen Redakteurs — Subaloff-Str. (früher Malaja  
Sudobnaja) Nr. 13., Du. 6, im Hof—werk-  
täglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 15

Tiflis, Sonntag, den 22. April 1922.

14. Jahrgang.

Sonntag, d. 6. Mai 1922,  
um 5 Uhr nachmittags,

findet in Tiflis, in den Räumlichkeiten des Deutschen  
Realschulnasiums, die Eröffnung der ordentlichen  
**Delegiertenversammlung**  
des Deutschen Nationalen Verbandes in Ge-  
orgien statt.

Tagesordnung: 1) Bericht des Nat.-Rats über  
seine Tätigkeit seit dem 20. April 1921; 2) Vereinigung  
der wirtschaftlichen Genossenschaften; 3) Abrechnung des  
Nat.-Rats für die Zeit vom 15. Juli 1920 bis zum 1.  
Mai d. J.; 4) Abrechnung des J.-R. betr. die „Kauf-  
Post“; 5) Budget des Nat.-Rats u. der „R. P.“; 6) Ver-  
teilung der Verbandsauslagen unter d. Ortsgruppen; 7)  
Bericht der Schulsektion; 8) Abrechnung über die aus  
dem Auslande bezogenen Schulbücher und sonstige Lehr-  
mittel; 9) Ueberfeldbeurteilung; 10) Vorläge und  
Wünsche der Ortsgruppen; 11) Laufende Angelegenheiten  
und 12) Neuwahlen des Nat.-Rats.

Eingeladen sind die Vertreter der Ortsgruppen  
und sämtlicher deutsch. wirtschaftl. Organisationen.

Der Nat.-Rat.

## Ortsgruppe Tiflis

des Verbandes der Deutschen in Georgien.

Am Freitag, d. 28. April 1922, abends 6 Uhr,  
findet eine

**außerordentliche Generalversammlung**  
in den Räumen des Deutschen Realschulnasiums statt.

Tagesordnung:

- 1) Wahl 2 Delegierten zur Delegiertenversammlung.
- 2) Besprechung der Tagesordnung der Del.-Versammlung.

Deutsche Dramatische Sektion.

Volkshaus Subaloff.

Am 24. April 1922

## „Die Haubenlerche“.

Schauspiel in 4 Akten von C. v. Hildebrand.

Vorverkauf der Eintrittskarten: im Café „Germania“, bei  
Baknarz Piskarn und am Tage der Aufführung im  
Volks Hause.

Anfang 8 Uhr abds. Regie: Th. Radolin.

## Politische Nachrichten.

Die Eröffnung der Konferenz von Genua,  
samt, wie angehängt, am 10. d. Mis. statt, und zwar  
durch den italienischen Ministerpräsidenten Facta, das  
Haupt der italienischen Delegation, die auf der Konferenz  
insoweit eine besondere Stellung einnimmt, als sie gewis-  
sermaßen den Hausherrin vertritt, das italienische  
Volk, dessen Gastfreundlichkeit die übrigen Delegationen ge-  
nießen. Facta bewillkommt die Versammlung im Namen  
des Königs von Italien und der italienischen Regierung  
und verliest darauf ein Telegramm des letzteren an die  
Konferenz, in welchem der König die Hoffnung ausdrückt,  
daß die „Versöhnung der Völker und ihr friedliches Zu-  
sammenarbeiten“ das Werk der Konferenz können werde,  
und im Namen des italienischen Volkes letzterer die besten

Glückwünsche übermittelt. Nach Verlesung weiterer Be-  
grüßungsgramme, darunter auch eines Telegramms  
von Poincaré, scheidet die Versammlung zur Wahl eines  
Vorsitzenden. Auf Antrag Lloyd Georges wird Facta ein-  
stimmig zum Vorsitzenden gewählt. Dieser übernimmt dar-  
auf den Vorsitz, wobei er in seiner Begrüßungsansprache  
unter anderem betont, daß es von nun an weder Besiegte,  
noch Sieger geben dürfe, welchen Worten lebhafter Ap-  
plaus geizt wird, und daß die Konferenz berufen sei auf  
der Grundlage der Beschlüsse von Cannes, die den zur  
Konferenz eingeladenen Regierungen seinerzeit mitgeteilt  
worden seien. Die italienische Regierung halte dafür, daß  
die Tatsache der Annahme der Einladung gleichbedeu-  
tend sei mit der Annahme der Beschlüsse von Cannes.  
Nach Facta kommen die Spitzen der übrigen Delegationen  
zu Wort, allen voran Lloyd George, der geistige Urheber  
der Konferenz, und nach ihm Barthou, das Haupt der  
französischen Delegation, beide von der Versammlung stür-  
misch begrüßt. Nach Dr. Birly, der darauf eine sehr  
schlechte, aber infolge ihrer Länge etwas ermüdende Rede  
hält, in der er die wirtschaftliche Lage Deutschlands in  
ihren ganzen Hoffnungslosigkeit überzeugend darlegt und die  
Notwendigkeit des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft  
im Interesse Europas in nicht mißzuverstehenden Worten  
klarlegt, mit Bezugnahme auf die Unmöglichkeit der Er-  
füllung des Versailler Friedensabkommens und des Londoner  
Zahlungsprogramms, erhält Tschitscherin, das Haupt der  
russischen Delegation, das Wort. In elegantem Franzö-  
sisch, untermischt mit englischer Rede, entwickelt Tschitscherin,  
die Aufmerksamkeit der Versammlung andauernd sei-  
nend, sein Programm, der Wiederherstellung des Wirt-  
schaftslebens in Europa, einschließlich Russlands, wobei  
er bemerkt, daß er sie sich nur unter zwei Voraussetzungen  
denken könne: erstens, einer allgemeinen Abklärung und,  
zweitens, der Einberufung einer Weltkonferenz, an der  
alle, auch die auf der gegenwärtigen Konferenz nicht ver-  
tretenen Völker teilnehmen sollten. In den Beschlüssen  
von Cannes, die er im allgemeinen ja billigt, ohne sich  
jedoch des Rechts begeben zu wollen, Veränderungen und  
Ergänzungen zu ihnen vorzuschlagen, seien obige Voraus-  
setzungen allerdings nicht deutlich ausgesprochen, aber wenn  
von der Konferenz wirtlicher Friede, als die Grundvoraus-  
setzung der Beirückung des Programms von Cannes,  
angestrebt werde und dieser alle Völker der Erde umfassen  
soll, so gebe es keinen anderen Weg, um zu dem Frieden  
zu gelangen, als den, über Abklärung und Weltfrieden-  
skonferenz. Im weiteren war die Deklaration Tschitscherins,  
wie allgemein zum größten Teil sogar von der Enten-  
tenzpresse anerkannt wird, ebenso wohlwurdacht und  
folgerichtig, wie obige Ausführungen, und alles in allem  
hat, wie es heißt, das erste Antreten Tschitscherins wie  
ein „lustreines Gewitter“ gewirkt und der Konferenz  
deutlich die Richtung gewiesen, welche allem zum Ziel  
führen könnte. Barthous leidenschaftliche Wiederrede, die  
der Rede Tschitscherins unmittelbar nachfolgte, mit all  
ihrem Geholter über die Durchbrechung des Rahmens der  
Konferenz von Seiten seines Vorgesetzten, und die launige  
Äußerung Lloyd Georges gegen die „wie Sprengstoff wir-  
kenden“ Forderungen Tschitscherins, welche wohl bezweide  
Barthous aufgeregtes Gemüt nach Möglichkeit zu befähigen,  
ändern nichts an dem „moralischen Sieg“ Tschitscherins,  
der natürlich bleibenden Wert hat, auch wenn die  
Konferenz ihren eigenen schmalen Weg weiter  
verfolgt oder gar scheidet. — Die erste Sitzung,  
welche über 4 Stunden beanpruchte, zeitigte auch  
noch die Wahl von 4 Kommissionen: Nr. 1 (Politische

Kommission), die sich mit den §§ 1, 2 u. 3 des Programms  
von Cannes (s. vorige Nr.) zu beschäftigen hat; dann einer  
Finanz-Kommission für § 4 des nämlichen Programms;  
drittens, einer Wirtschaft-Kommission (§ 5 des Programms);  
und, viertens, einer Transport-Kommission (§ 6 des Pro-  
gramms). Die Kommissionen bzw. deren Ueberauschüsse  
haben während der ganzen Woche vor Hiera (16.4.) schon  
eifrig gearbeitet. Zu ihrem Bestande zählen auch je  
1 deutscher und 1 russ. Delegierter. — Soweit ließ sich  
alles vielversprechend an: Nun ist aber am 16. d. Mis. in  
Nepallo (bei Genua) zwischen der deutschen u. der russischen  
Delegation ein Vertrag unterzeichnet worden, der nach  
dem Besuch der russischen Delegation in Berlin selbstver-  
ständlich schien, aber die abnungslosen Entente-Konferenz-  
mitglieder und deren Nachbeter ganz aus dem Häuschen  
getrieben hat, da er ihren Plan einer allseitigen wirtschaft-  
lichen und politischen Einkreisung Deutschlands und Rus-  
lands geradezu umstülpt und deshalb unbedingt annulliert  
werden soll. Die Konferenz beschäftigt sich eben ausschließlich  
mit diesem „Bombenattentat“ auf die geheiligten  
Nichte der weltwürgenden Entente, und man spricht so-  
gar vom Nachschußgehen, so wenig verlockend das den  
weißen Mitgliedern der Konferenz auch erscheint. Hierüber  
aber Ausführlicheres erst in der nächsten Nummer!

## Rußland in Genua.

Von Hermann Albrecht.\*

Man geht wohl nicht fehl, wenn man sagt, daß drei  
Mächte ersten Ranges und drei Mächte zweiten Ranges es  
sind, die das diplomatische Turnier von Genua ausrichten,  
alle übrigen Staaten gruppieren sich um diese Offiziere  
Europas. Die drei Hauptmächte sind: England, Rußland  
und Frankreich (denn die Entente hört in Genua auf, eine  
Einheit zu sein); ihnen folgen drei andere Mächte an Be-  
deutung nach: Italien, die kleine Entente und Deutsch-  
land. Welche Fronten sich bilden oder überschneiden, welche  
Erfolge sie zu verbuchen, welche Niederlagen sie zu erlei-  
den haben werden, wird von dem persönlichen Gespür der  
Staatsmänner abhängen.

Wie wird sich nun aber Rußland in Genua ver-  
halten? Welche Politik wird es betreiben?

Der bekannte Schwefelrührer Madet hält drei Punkte  
für ausschlaggebend: das Schuldenproblem, die  
deutsche und die englische Frage. Nach diesen  
Punkten disponiert er seine beachtenswerten und nahezu  
erschöpfende Auskunft, die er kurz vor Eröffnung der Kon-  
ferenz einem Berichterstatter des Pariser „Matin“ ge-  
geben hat:

„Die russischen Vorkriegsschulden will die  
Sowjetmacht unter zwei Bedingungen anerkennen. Zunächst  
fordert sie die Aufrechnung aller Verluste, die ihr die Enten-  
tenzpolitik der letzten Jahre beigebracht hat, und aller  
Verpflichtungen, die während des Weltkrieges der zaristi-  
schen Regierung gemacht wurden. Zu diesen beiden Grup-  
pen gehören die Abtrennung der Randstaaten von Finn-  
land bis Polen, die Schadensersatzung der gegen revolutionä-  
ren Armeen, die russische Flotte, die zugesperrten  
Provinzen Polen und Ungarn, jene 200 Millionen  
Goldrubel, die nach Breslau Litwack an Deutschland gab, von  
diesem aber der Entente ausgeliefert werden mußten  
u. a. w. Sodann verlangt Rußland eine großzügige Dis-  
kussion zur Erleichterung seines unerschöpflichen Reichthums an

\* Auszug aus einem Artikel der „Preuß. Zig.“ —  
D. Schriftl.

Bodenschätzen. Aber es darf sich nicht um einen Tropfen auf einen heißen Stein handeln. Der französische Rentner muß viel Kapital obern nach dem Vorbild eines großen schwedischen Industriellen, der erklärte: „Ich habe drei Millionen Kronen in Rußland verloren. Ich muß nunmehr noch größere Summen in dieses Land hineinstecken, um mein Geld mit Gewinn wiederzuerhalten.“ Was die deutsche Frage anlangt, so wird sich die Welt über die Schläge wundern, die eine verwerfliche Notgemeinschaft betreiben kann. Der Friede von Versailles ist für jeden politischen Menschen eine Unmöglichkeit und schreit förmlich nach Revision. An dieser Revision will Rußland ebenso beteiligt sein, wie es im Weltkrieg mitgekämpft und mitgeopfert hat. Uebbrig bleibt die Beleuchtung der englischen Frage. Für Rußland besteht sie in der Erkenntnis, daß der König von England Indiens Kaiserkrone trägt. Wir Bolschewisten aber sind für die Briten das ungeliebte Kind, das in der Küche speist. Die Bolschewisten sind bescheiden. Wenn sie nicht da wären, würde England sie erfinden. Großbritanniens politische Führer folgen wieder den Fußstapfen eines Beaconsfield, der ein schwaches Rußland wünschte. Diese Politik werden sie solange verfolgen, als die türkischen, arabischen und indischen Probleme für England noch keine annehmbare Lösung gefunden haben. Warum verhandelt Ihr Franzosen nur über London mit Moskau, seid Ihr noch nicht mündig geworden? Warum seht Ihr gelassen zu, daß Euch die Deutschen einen Vampyr stecken, wo doch der Britte ihre Kriegs- und Handelsflotte raubte? Euer Triumphgeschrei von der französischen Hegemonie in Europa: einernert mich lebhaft an den maßlosen Kaiser der Sahara. Sein Kaiserreich war Wüste; dennoch brante er mit seinem billigen Titel. In Washington z. B. habt Ihr Franzosen eine recht klägliche Rolle gespielt, als Ihr ganz einsam auf der Armesünderbank Euren Platz besamt. Wie anders wäre Eure internationale Stellung, wenn die Sowjets hinter Euch ständen. Im nahen Orient würdet ihr die erste Schutzmacht der Türken bleiben, in Persien könnte sich Euer Kapital an der Erschließung der Naphtafelder beteiligen, ja selbst Polen, Eure wertvollste Kolonie, würde bei einer französisch-russischen Verständigung blühen und gedeihen.“

Kabel zeigt sehr geschickt seine Trümpfe, ohne sie aus der Hand zu geben. Wer wittert nicht hinter jedem Wort eine Falle, versteckte Ironie und die Drahtensaat der Intrigant zwischen der allierten Gläubigergemeinschaft? Rußlands Programm ist der machtpolitische Vortritt nach Asien. Lenin weiß auf der Seele des Volkes hier zu spielen als Peter der Große. Daraus resultiert das Programm der Sowjets in Genua: England ist in Asien zu schlagen, in Europa zu spalten; seine Differenzen mit Frankreich sind hierfür Flug zu benutzen. Frankreich ist nur ein paar Pfaffen wert. Deutschland ist in doppelter Beziehung nötig: wirtschaftlich zum Wiederaufbau, aber nicht in fester Verbindung mit einem internationalen Kontertum zur Ausbeutung Rußlands, und politisch als Bundesgenosse im Kampf gegen Versailles, jenes ungeliebte Testament, in dem der alte Bienen seine jüngsten, aber zukunftsberechtigten Völker enterben will.

Die Zeit arbeitet für diese enterbten Völker. Ob sie ihre Fronbefehle erfüllen oder nicht, täglich stellen sich Natur und Wirklichkeit den haßerfüllten Paragrafen entgegen.

## Eine internationale sozialistische Konferenz

hat am Vorabend der Konferenz von Genua in Berlin stattgefunden. Es beteiligten sich an ihr die Zentralorganisationen sämtlicher auf dem Boden des Klassenkampfes stehender proletarischer Parteien, welche in der 2., 2<sup>1/2</sup>, (Wiener) und 3. (Kommunistischen) Internationale zusammengeschlossen sind. Von besonderer Wichtigkeit ist die Beteiligung der letztgenannten Internationale, deren Vollzusammenschluß sich bekanntlich in Moskau befindet, gewesen da sie bisher jede Gemeinschaft mit den beiden anderen Internationalen grundsätzlich abgelehnt hatte. Die Anregung zur Konferenz war von dem Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (I. A. S. P.) ausgegangen, das am 14. u. 15. Januar d. J. in Berlin gelang und einen Aufruf erlassen hatte, dem wir nach der „Freiheit“ (Organ der Unabhängigen Sozial. Partei Deutschlands) folgendes entnehmen: „In allen durch

den Krieg zerrissenen und gespaltenen Lagern des Weltproletariats findet der Ruf nach internationaler Einigung ein immer lauterer Echo. Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, das ist die Forderung des Tages. Es liegen Vorschläge vor, eine allgemeine internationale Konferenz des klassenbewußten Weltproletariats zu organisieren; andererseits Vorschläge, eine auf die durch das Friedensdiktat von Versailles am unmittelbaren betroffenen Länder beschränkte Konferenz zur Behandlung der brennendsten Frage: der Reparationen, aufs äußerste zu beschleunigen. Die Sitzung des Bureaus der I. A. S. P. in Berlin am 14. u. 15. Januar hat beschloffen, sich für die Verwirklichung beider Vorschläge einzusetzen: einerseits der Einladung der französischen sozialistischen Partei zu einer Konferenz der proletarischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Deutschlands zuzustimmen; andererseits Verhandlungen mit den Exekutiven in London und Moskau einzuleiten, damit eine gemeinsame Einberufung einer allgemeinen Konferenz durch alle internationalen Zentralorganisationen erfolge. Die Vertretung der I. A. S. P. ist beauftragt, den anderen Exekutiven den Vorschlag zu unterbreiten, daß die allgemeine Konferenz zwar genügend vorbereitet werden muß, aber doch schon im Laufe des Frühlings 1922 stattfinden soll. Das Gelingen dieses ersten Versuches einer allgemeinen Konferenz soll durch Begrenzung der Tagesordnung auf das unmittelbar Notwendigste gefördert werden. Und zwar scheinen uns als unmittelbar gegeben Hauptgegenstände der Tagesordnung nur folgende zwei erwünscht zu sein: 1) die ökonomische Lage Europas und die Aktionen der Arbeiterklasse und 2) der Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion. Zugelassen werden alle proletarischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die Überwindung des Kapitalismus zum Ziele haben und die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen internationalen Aktion zur Erfüllung dieses Zieles anerkennen.“

Auf der Konferenz kam es gleich am ersten Tage zu einem Zusammenstoß zwischen dem belgischen Minister Vandervelde, als Vertreter der 2. Internationale (Sozialdemokraten), und Nabel, als Vertreter der 3. Internationale (Kommunisten). Letzterer hatte die Forderung gestellt, daß im Zusammenhang mit den auf die Tagesordnung gesetzten Fragen auch die Frage einer Revision des Versailleser Friedensvertrages verhandelt würde, weil die ganze Wucht der in diesem ausbedingten Reparationen (Wiedergutmachungsverpflichtungen) auf den Schultern des deutschen Arbeiters laße und ihn zu vernichten drohe und weil gegen ein solches Attentat auf einen Teil des Weltproletariats unverzüglich von seiten dieses in seiner Gesamtheit in nachdrücklichster Weise Protest erhoben und energische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Vandervelde erklärte dagegen, daß die 2. Internationale eine derartige Forderung als unzeitgemäß zurückweise und eher die Konferenz verlassen würde, als ihr zustimmen. Nabel bezichtigte bei dieser Gelegenheit Vandervelde und seine Genüßgenossen des „Verrats“ an der Sache der Arbeiterklasse im Interesse der Kapitalisten bzw. Imperialisten, deren Geschäfte die 2. Internationale bestrebe, nannte V. einen „Bourgeois“, drohte ihm und allen übrigen „Verrätern“ mit dem Gericht des Weltproletariats u. s. w. Die Sitzung mußte infolge dieses Zwischenfalls auf 24 Stunden unterbrochen werden, und es hatte fast den Anschein, als würde die Konferenz erfolglos und die Einheitsfront des Proletariats wieder nur ein frommer Wunsch bleiben, der sie schon so lange Zeit hindurch war. Schließlich hat Nabel aber doch nachgegeben, um, wie er sagte, nicht schuld an dem Scheitern der Konferenz zu sein, und so konnten die Verhandlungen fortgesetzt werden. Wir übergehen die Einzelheiten, wegen der ungenügenden Raumverhältnisse, und wollen hier nur das Endergebnis festzieren. Eine allgemeine Konferenz der proletarischen Parteien noch während der Tagung der Konferenz von Genua zu veranstalten, wurde zum lebhaftesten Behauern der Versammlung für unmöglich befunden, aus technischen Gründen, doch soll sie möglichst bald bewerkstelligt werden. Um aber die im wesentlichen zustandegedonnene Einheitsfront vor aller Welt zu dokumentieren und vornehmlich den auf der Konferenz von Genua vertretenen kapitalistisch-imperialistischen Mächten die Bedeutung dieser Tatsache zu vergegenwärtigen, wurde der Beschluß gefaßt, am 20. d. Mts. überall proletarische Demonstrationen zu veranstalten, wie sie bisher so groß-

artig noch nicht dagewesen. Dieses Endergebnis der Konferenz herbeigeführt zu haben, ist ein Verdienst, wie von kommunistischer Seite behauptet wird, hauptsächlich der 3. Internationale, ohne deren entschiedenes Vorgehen die 2. Internationale sich kaum dazu entschlossen hätte, in so brücker Weise dem Kapitalismus die weitere Erfolgsschicht zu verkagen, wie solches in der gemeinsamen Rundgebung des 20. April zum Ausdruck gelangen werde. Sie habe endlich Farbe bekennen müssen, und das sei ein „glänzender Sieg des wahren Anwalts des Weltproletariats, der Kommunistischen Internationale, über die bloß vermeintlichen Anwälte desselben, die 2. und die 2<sup>1/2</sup>-Internationale“.

## Die Arbeitslosigkeit.

(Schluß.)  
Schweden.

Hier betrug Anfang Januar d. J. die Zahl der Arbeitslosen 117 000. Ein weiteres Zunehmen der Arbeitslosigkeit wurde erwartet. Von den Arbeitslosen entfielen 38 000 auf Stadt- und 79 000 auf Landgemeinden. An arbeitslosen Frauen gab es nicht mehr als 1150. Fortlaufende Arbeitslosenunterstützung wurde an 34 800 Personen gezahlt. Durch staatliche Kostlandsarbeiten wurden 19 000 Arbeitslose beschäftigt, durch kommunale Kostlandsarbeiten 8700, hiervon 2300 in den Stadtgemeinden und 6400 in den Landgemeinden.

Dänemark.

Am 24. Januar wurden 87 444 Arbeitslose gemeldet, davon entfielen auf Kopenhagen 37 110, auf die Inseln 21 211 und auf Jütland 29 047. Der wöchentliche Zugang wird mit 2000—2400 angegeben. Die Steigerung verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf die verschiedenen Fachgruppen. Während des Jahres 1921 belief sich die Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1920 nur etwas über 6 Prozent der Gesamtzahl aller Arbeiter aufwies, auf etwa 20 Prozent derselben. Während in normalen Jahren die Zahl der Arbeitslosen im Frühjahr und Sommer stark fällt, war dies 1921 nicht der Fall. Eine Arbeitslosenversicherung besteht seit 1907. Im Jahre 1919 wurden 66 anerkannte Arbeitslosenkassen gezählt, welche 299 389 Mitglieder aufwiesen.

Norwegen.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hält auch hier an. Während am 10. Dez. 1921 rund 32 800 Arbeitslose gezählt wurden, ist ihre Zahl im neuen Jahre, einschließlich der etwa 10 000 Kostlandsarbeiter, auf rund 45 000 gestiegen, eine Ziffer, die alle bisherigen übertrifft. Für Kostlandsarbeiten wurden im Jahre 1920/21 18 Millionen Kronen aufgewendet.

Tschechoslowakei.

Anfang 1919 wurden vom Staat 267 000 Arbeitslose unterstützt, im Januar 1920 nur 92 348, im Januar 1921 noch weniger (47 328) und im November gar bloß 12 000, nicht eingerechnet 10 000 Arbeitslose, die teilweise durch die Industrie unterstutzt wurden. Wenn man in Betracht zieht, daß die Gesamtzahl der Arbeiter etwa 5 250 000 beträgt (und zwar 2 250 000 Industrie- u. 3 Millionen Landarbeiter), so ist der Prozentsatz der Arbeitslosen soweit unbedeutend, daß eine wirkliche Arbeitslosenfrage in der Republik zurzeit nicht besteht, obgleich die Zahl der Arbeitslosen auch hier wieder im Steigen begriffen ist. Im Dezember waren arbeitslos 16 000, davon 13 000 Männer und 3000 Frauen. Außerdem waren noch 17 000 Hausangestellte arbeitslos. Ferner wurden von den Unternehmungen selbst noch 7000 teilweise unbeschäftigte Arbeiter und 3000 Hauspersonal unterstutzt.

Belgien.

Hier hat die Erwerbslosigkeit, die in den ersten Monaten des Jahres 1921 gleichfalls stark angeschwollen war (80 000 Arbeitslose und 120 000 Kurzarbeiter), nachgelassen. Im Dezember betrug die Ziffer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zusammen nur noch 102 000.

Polen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer ernster Formen an. Besonders wird die Metallindustrie schwer betroffen. Nachdem seit längerem wiederholt Ansammlungen von eine Unterstutzung fordernden Stellunglosen vor dem Arbeitsministerium stattgefunden hatten, kam es zu Mani-

nationen größeren Umfangs, die den Ernst der Lage anzuzeigen. Am 1. Dezember 1921 gab es 173 000 Arbeitslose, davon in Warschau 25 000, in Lodz 29 000, in Katowice über 8000, in Gdynia über 7000, in Byrdow über 7000, in Krakau 6800, in Kielce 9000, in Lodz 2000, in Poznan 2000. Die meisten Arbeiter sind nicht qualifizierte Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich anheftig von 65 000 Arbeitslosen am 1. August 1921 auf 170 000 am 1. Dez. 1921. Die so erhebliche Steigerung ist die Folge der auch heute noch längst nicht überwundenen Wirtschaftskrise der polnischen Industrie.

Auch in Japan und Holland macht sich wachsende Arbeitslosigkeit bemerkbar.

**Wie sieht es in den ehemaligen deutschen Kolonien aus?**

Von Reichsminister a. D. Dr.-Ing. Gothein.

Im Friedensvertrag von Versailles hat man Deutschland und seine Kolonien weggenommen unter dem heuchlerischen Vorwand, wir hätten uns unwürdig und unfähig gezeigt, die Kulturarbeit zu leisten. Zwar wurden die in den Siegerstaaten nicht zu Eigentum übertragen, aber man führte das Mandatsystem ein, wonach die Mandatäre England, Frankreich, Belgien, der Australische Bund, Neuseeland und Japan die deutschen Schutzgebiete zu verwalten haben.

So wenig besitteten werden soll, daß die deutsche Kolonialpolitik in ihren Anfängen schwere Fehler gemacht hat, so hat sie es doch nach verhältnismäßig kurzer Zeit erstanden, eine wahrhaft großzügige und durchdachte Kulturarbeit zu leisten. Und heute? Der verdienstvolle ehemalige Gouverneur Dr. Schöne hat kürzlich in der Weltwirtschaftl. Gesellschaft in einem Vortrag an der Hand ein amtliches Materials der Mandatsmächte den gegenwärtigen Zustand der deutschen Schutzgebiete geschildert. Es war ein erschütterndes Bild des fortschreitenden Verfalls.

In Ostafrika ist das Schulwesen nach Vertreibung der deutschen Missionare nach dem eigenen Eingeständnis des englischen Kolonialministers Winston Churchill von dem hohen Stand, den es unter der deutschen Verwaltung erreicht hatte, tief herabgesunken. Und brauchte man hier im ganzen dortigen Schutzgebiet eine Waffe nur gegen die wilden Tiere, herrschte im übrigen größte persönliche Sicherheit, so ist diese heute so geschwunden, daß man nur mit bewaffneten Karawanen reisen kann. Die Plantagen sind mit wenigen Ausnahmen völlig verwilbert und verlassen, der Verkehr stockt, das Land ist verödet und verarmt; die Zahl der weißen Bevölkerung ist von 100 auf 2200 gesunken. Und unter der farbigen Wälder werden die früheren Epidemien, vornehmlich die Pest, die Malaria verbreitet wieder die Tierwelt. Den Eingeborenen fehlt es an Erwerbsmöglichkeit, und die von ihnen zu zahlenden Steuern sind wesentlich höher als zur deutschen Zeit. Aufs dringendste heben sie die deutsche Wirtschaft, die von der englischen Verwaltung vertriebenen deutschen Unternehmer und Missionare zurück. In den Jahren des früheren Ostafrika, die an Belgien (Kongo) gekommen sind, breitet sich die Schlafkrankheit über aus und raubt die Bevölkerung hinweg.

In Südwest hat man die Deutschen zwar belassen, aber das deutsche Schulwesen beseitigt, nur englisch und deutsch darf in den öffentlichen Schulen gelehrt werden. Allen die Deutschen ihre nationale Kultur nicht aufgeben, so müssen sie neben den öffentlichen deutsche Privat- Schulen errichten. Das Wirtschaftsleben stockt; die Diamantgruben — früher die größte Einnahmequelle der Kolonie — sind geschlossen; die Viehpreise sind auf ein Minimum gesunken. Immerhin geht es hier noch an, weil man die Deutschen nicht vertrieben hat.

Kamerun ist zum größten Teil dem französischen Mandatar überwiegen. Das deutsche Sanierungswert ist ihm, als aussichtslos aufgegeben worden. Sie haben nicht das ärztliche und Verwaltungspersonal, es abzuziehen. Ebenso liegt es mit dem Schulwesen. Die Plantagen verwildern und veröden, weil es an sachverständigen Verwaltern fehlt. Wenn man ausgediebene Erzeugnisse dazu bestellt, so müssen die Plantagen zugrunde gehen. Der eingeborenen Bevölkerung aber fehlt es an Erwerbsmöglichkeiten; trotzdem werden sie mit unerschwing-

lichen Steuern überlastet, daneben zu unentgeltlicher, ausgedehnter Zwangsarbeit herangezogen.

Ganz ähnlich liegt es in der ehemaligen Rueterkolonie Togo, die von den Franzosen ebenfalls als das traurigste heruntergegerichtet worden ist; dort hat der Hauptverwalter und Liquidator vor kurzem wegen übler Sachen Selbstmord verübt.

Das herrliche kleine Samoa mit seiner liebenswürdigen, intelligenten Bevölkerung ist dem Mandatar Neuseeland übertragen worden. Man hätte glauben können, die Nachkommen alter englischer Kolonisten würden besondere kolonialistische Eigenschaften aufweisen. Aber sie haben sich von einer nicht zu übertreffenden Unfähigkeit auf diesem Gebiete erwiesen. Sorglos ließen sie die Grippe dort einschleppen und taten nichts zu ihrer Bekämpfung, so daß ein Viertel der Bevölkerung von ihr hinweggerafft wurde. Sie sorgten für keine Erziehung der chinesischen Arbeiter in den Plantagen, ließen diese völlig vom Unkraut überwuchern und von Schädlingen verunstaltet. Das vordem in jeder Hinsicht blühende und sich glänzend entwickelnde Eiland geht seinem völligen Ruin entgegen.

Wenn es in Neuguinea und dem Inselgebiet bisher besser gegangen ist, so lag das einzig und allein daran, daß nach dem günstigen Kapitulationsvertrag, den in den ersten Kriegsmomenten der deutsche Gouverneur dieses Gebietes mit den Engländern abschloß, die Deutschen unbefähigt in der Kolonie bleiben durften und ihr Besitz ihnen gewährt wurde. Sie haben denn auch während des ganzen Krieges und bis zum Herbst 1920 ihre Plantagen und sonstigen Betriebe verwaltet, erweitert, verbessert, die Produktion beträchtlich gesteigert. Glaubten sie doch, im sicheren Besitze ihres Eigentums zu bleiben. Die australische Regierung ließ sie auch in diesem Glauben, bis sie im September 1920 ihres Besitzes beraubte und sie auswies. Seitdem geht das Wirtschaftsleben dieser Kolonie rapid zurück. Denn die Australier haben genau ebenso wenig kolonialistische Fähigkeiten wie die Neuseeländer.

Unverkennbar ist, daß die Deutschen aus diesen Kolonien zu verjagen, die letzteren Mandatären zu übertragen, die völlig außerstande sind, die Mandatspflichten zu erfüllen. Das muß, je länger es dauert, um so mehr zum völligen Ruin dieser Kolonien, zur Verelendung ihrer Eingeborenenbevölkerung führen. Was man getan hat, ist eine schwere Veräußerung an der Humanität, an der Kultur, eine Sünde, die sich nun in der Verelendung der Weltwirtschaftskrise schwer an ihren Vätern rächt.

Deutschland aber hat die gesunkenen und bewährten Kräfte für die kolonialistische Tätigkeit; sie liegen hier brach, vermehren die Zahl der Entwürfelten, der Unzufriedenen. Deutschland seine Kolonien zurückzugeben, die es als weit aus der besten Mandatar verwalten würde, ist daher eine unerläßliche Aufgabe. Dadurch, daß sie den anderen Staaten nicht übergeben sind, sondern ihnen nur ein Verwaltungsmandat übertragen worden ist, liegt die Sache verhältnismäßig günstig. Müßten jene sich doch bei ruhiger Überlegung sagen, daß diese Mandatsausübung ihnen nur Saßen und Arbeit statt Nutzen, den Kolonien aber schweren Schaden bringt.

Die Frage der deutschen Kolonien hat unter dem durchdringenden Druck anderer Sorgen und Nöte in den letzten zwei Jahren nicht die ihr gebührende Beachtung gefunden. Wir dürfen aber unsere Schutzgebiete nicht verlieren geben, sondern müssen energisch die Wiedergutmachung des Unrechts fordern, das ihnen wie uns durch das Mandatsystem angetan worden ist. („Berl. Tzbl.“)

**Kurzer Bericht über die Tätigkeit des 1. Allgeorgischen Räte-Kongresses.**

(3. Fortsetzung.)

Wir haben den bereits für die vorige Nummer angekündigten Schluss des Berichts M. Torschell's über den Obersten Wirtschaftsrat zurückzuführen müssen, weil es uns an Raum gebrach. Wir wollen nun aber das Verlaute an dieser Stelle nachholen, bebauern aber, daß wir genötigt sind, uns noch kürzer zu fassen, als zu Beginn vorstehender Artikelserie angezeigt worden ist, weil andernfalls verschiedenes nicht ablesbares Material aus unserer Mitte zu kurz käme. —

Mangan, sagt Redner, sei in der Zeit vom 1. März bis zum 1. Dezember 1921 weder gefördert noch ausge-

führt worden. In Tschatury und Poti lägen wohl 60 Millionen Rub, aber ihr Abfah sei durch die politischen Verhältnisse verhindert gewesen. Es habe Inzidenten Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und den Manganindustriellen, besonders der Sportgesellschaft „Tschemo“, bedurft. Schließlich sei vom Rev. Kom. Georgiens das Statut der genannten Gesellschaft bestätigt worden, auf Grund dessen die Regierung 35%, des Reingewinns und 10% der Jahreausfuhr an Mangan, jedoch nicht weniger als 3 Millionen Rub, zu erhalten hat, desgleichen nach dem Tageskurs die gesamte ausländische Baluta, welche die Gesellschaft „Tschemo“ von der Realisierung des Mangans erlöst. Was die Ausbeute selbst anbelange, so habe man bewußt von der Nationalisierung derselben Abstand genommen und sich darauf beschränkt, alle bestehenden Verträge aufzubeheben und den Manganindustriellen anheimzustellen, mit der Regierung einen neuen Vertrag nach den Grundätzen der Konzeption abzuschließen. Die diesbezüglichen Bestimmungen seien bereits ausgearbeitet und dem Rev. Komitee zur Bestätigung vorgestellt. Man dürfe hoffen, daß mit Bekätigung dieser Bestimmungen die erlosene Manganindustrie wieder aufleben werde, die im Durchschnitt 33 Millionen Rub jährlich erzeuge und als Minimum im Jahre 1913 rund 59 Millionen Rub geliefert habe.

Die Holzverarbeitungs-Industrie betreffend, führt Redner eine Menge Ziffern an, von denen hier folgende wiedergegeben seien: Registriert wurden im Laufe des Jahres 1 800 000 Kubikfuß Balken, 19 799 Schwellen, 8870 Grubenstützen, 21 755 Bund gemeinen Buchsbaums (CAMMIR, lat. buxus sempervirens), 12 248 Kubikfaden Brennholz, 10 185 Bund Holzbohle, 1000 Stück Schindeln, 619 615 Fassbäuden, 270 Waggons Schmittholz, 40 000 Bund Baumstapel und 104 000 Furnierplatten. Neu angefertigt wurden 394 000 Kubikfuß Balken, 142 570 Schwellen, 400 000 Quadratwischer Schmittholz, 12 192 Grubenstützen, 54 000 Pfähle, 3000 Bund gem. Buchsbaums, 68 000 Kubikfaden Brennholz, 12 000 Bund Holzbohle und 6876 Bund Eichensinde. Schwieriger sei es mit der Anfuhr bestellt gewesen. Auf der Eisenbahn und den flößbaren Flüssen wurden befördert: 1 262 000 Kubikfuß Balken, 112 900 Schwellen, 218 258 Fassbäuden, 12 000 Grubenstützen, 54 000 Pfähle, 7000 Bund gem. Buchsbaums, 3200 Kubikfaden Brennholz, 12 180 Bund Holzbohle und 5876 Bund Eichensinde. Abgelassen wurden an Kontinenten: 60 000 Kubikfuß Balken, 19 000 Schwellen, 35 000 Quadratwischer Bretter, 100 000 Fassbäuden, 44 600 Quadratwischer behauener Balken, 15 000 Quadratwischer Balken, 200 Kubikfaden Schaibretter, 7830 Bagdadplatten, 12 Waggons Rifenmaterial, 7000 Grubenstützen, 54 000 Pfähle, 44 750 behauene Reißholzbohlen, 3324 Bund gem. Buchsbaums, 51 131 Furnierplatten, 3200 Kubikfaden Brennholz und 10 000 Bund Holzbohle. Angefertigt wurden in den Möbelfabriken 20 423 Stück verarbeiteten Möbels, 63 Tausend gebogenes Möbel, 100 Tausend Teile von Hausmöbel. Die Zurückung von Brennholz habe bis Januar nicht in größerer Maße bewerkstelligt werden können, da die Geldmittel des Fortskomitees äußerst beschränkt waren und vornehmlich zur Anfuhr von Holzbohlen und Anfertigung von Balken verwendet wurden. Was die Anfuhr von Brennholz betrifft, so habe das Fortskomitee seit dem 1. September stets genügende Mengen von Brennholz an der Eisenbahnlinie vorrätig gehabt, aber da Waggons nicht in erforderlicher Zahl abgelassen worden seien, so habe die Anfuhr von Brennholz während der Berichtsperiode einen verhältnismäßig nur unbedeutenden Umfang gewonnen. Balken wurden hauptsächlich in den Forsten von Borshom, Achal-Zsch, Abmeti, Ratscha und Poti bergeschichtet, und zwar in einer Anzahl, die nicht nur den Innenmarkt befriedige, sondern auch für den Export ausreichend sei. Die Anfertigung von Schwellen gebe in intensiver Weise vor sich, um die Bedürfnisse der Eisenbahn zu decken. Was aber die Sägewerke betreffe, so sei als Hauptgrund ihrer Stilllegung zu erachten das Fehlen von Rohmaterialien bzw. das Unvermögen, sie mit solchen gefällig zu versorgen, da viele von ihnen sich in Gegenden befänden, wo die Wälder schon völlig erschöpft seien. In Betrieb hätten — und das noch mit Unterbrechungen — nur noch folgende nationalisierte Sägewerke gekannt: Borshom, Tiflis Nr. 3, Gori, Sumbatorwo, Kutais, Gponti, Mamifson, 3 Poti, Rotanobi und Zabarischewi.

